

Von FDP /CDU
neu entdeckt:

Betriebliche Bündnisse



Ein alter Nazihut!

Wovor haben die Konservativen und Neoliberalen Angst?

Immer wieder kommt es vor, daß Menschen ihre Meinung sagen und sofort fällt fast die gesamte veröffentlichte Meinung über sie her.

Es sind dies insbesondere drei Gebiete auf denen das geschieht:

Kritik an den **Juden** ist unzulässig, weil Millionen von ihnen durch Deutsche umgebracht wurden.
Kritik an den **Amerikanern** ist unzulässig, sie haben uns vom Faschismus befreit und die Demokratie gebracht.
Vergleiche mit dem **Nazi-Regime** sind unzulässig, weil das ein unerklärbarer, einmaliger „Ausrutscher“ war, der mit uns Deutschen und unserer Geschichte eigentlich nichts zu tun hat (Hitler war schuld).

In fast allen Fällen wo dies dennoch geschah, erhob sich ein Sturm der Entrüstung und die Kritiker nahmen ihre Kritik oder den angestellten Vergleich wieder zurück.

Der jüngste Fall ist der des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden **Stiegler**. Er hatte zu Recht davon gesprochen, daß bei dem Spruch „**Sozial ist was Arbeit schafft**“, sich bei ihm die Assoziation einstelle, „**Arbeit macht frei**“, der Nazi-Spruch über dem Eingang von KZs.

Sofort meldete sich, mit gespielter Empörung, der Generalsekretär der CDU, Kauder zu Worte und forderte die SPD auf, sich von Stiegler zu distanzieren. Eilfertig tat dies der Insolvenzverwalter der SPD, Franz Müntefering.

In Erinnerung sind noch die Fälle Herta **Däubler-Gmelin** und **Ullrich Wickert**, die einen ähnlichen Tabubruch begingen. Nach ihren kritischen Äußerungen zu Amerika, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Anstatt nun ihre Meinung offensiv zu vertreten, entschuldigten sie sich. Wickert hatte Glück, er durfte bleiben. Frau Gmelin dagegen mußte als Ministerin gehen. Da halfen ihr auch alle moralischen und intellektuellen Verrenkungen nichts.

Anders war es in einem anderen Fall, hier hatte der damalige Finanzminister **Alex Möller**, in einer Diskussion, der CDU zugewandt gesagt:

„Diejenigen die den zweiten Weltkrieg und die nachfolgende Katastrophe verschuldeten, stehen ihnen näher als uns!“

Das saß! Das gesamte rechte Lager heulte auf. Aber anders als heute, gab Alex Möller nicht klein bei. Überzeugend wies er nach, wer Hitler an die Macht brachte, seinem Ermächtigungsgesetz zustimmte und an Hitler und seinem Krieg verdiente. Es ist nicht bekannt, daß nur ein Konservativer oder FDP'ler sich von dem unter den Nazis verdienten und geraubten Eigentum distanzierte. Große Konzerne von heute sitzen auf einem Grundstock aus Blut und Tränen.

Ein rororo-Taschenbuch beschreibt diess ausführlich: „15 Millionen beleidigte Deutsche“.

Sind Auseinandersetzungen dieser Art für die Zukunft ausgeschlossen? Mit Sicherheit nicht!

Max Picard, ein großer Denker, hat nach dem Krieg ein Buch geschrieben, „**Hitler in uns selbst**“, in dem er nachweist, daß die Bedingungen, die zum Faschismus führten, nicht verschwunden sind.

Fünf innenpolitische Hauptfelder lassen sich in der Nazizeit ausmachen und werden auch heute von der FDP und anderen Neoliberalen offensiv vertreten:

Der Antikommunismus.

Die Leugnung von Klassen und Klassenkampf.

Die Aushöhlung und letztendliche Beseitigung der Tarifautonomie.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften.

Die Schaffung von betrieblichen Bündnissen (Als Teil der Volksgemeinschaft).

Alle fünf Punkte sind FDP-Politik, alle fünf Punkte waren Politik der Nazis, gleich zu Beginn ihrer

Herrschaft. Dies nimmt nicht Wunder, da sich die Nazis wie die FDP soziologisch auf die gleichen Schichten der Bevölkerung stützen.

Der Antikommunismus war schon immer Teil der herrschenden Ideologie. Zu recht nahmen die Herrschenden an, dass die Kommunisten das Eigentum an den Produktionsmitteln infrage stellten, die Nazis es dagegen garantierten.

Die Leugnung von Klassen und Klassenkampf, war ebenfalls ein Grundbestandteil konservativer Mittelstandsideologie. Wie anders sonst sollten sie die Massen des Volkes in ihre Ideologie von der Sozialpartnerschaft einbinden, die eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg im weltweiten Wirtschaftskrieg war. Heute heißt das Zauberwort Globalisierung, ist aber derselbe Quark.

Die Tarifautonomie: Bei den Tarifverhandlungen war es für die Großkonzerne leichter die Lohnforderungen der Gewerkschaften zu erfüllen, sie hatten eine bessere Produktivität und konnten einen Teil der Lohnkosten auf die Zulieferer (Kleinbetriebe) abwälzen. So eingekeilt zwischen, Gewerkschaften und Großkonzernen, sahen die kleinen und mittleren Betriebe, ihr Heil nur in der Senkung der Lohnkosten und das ging nur wenn man die Gewerkschaften beseitigte. Der Führer tat es!

Mit der Beseitigung der Gewerkschaften, hat man aber immer noch die Arbeiter am Hals. Am liebsten würde man sie auch abschaffen, aber man braucht sie für die Profitproduktion - leider. Also mußte ein Weg gefunden werden, wie man die Arbeiter am besten auspreßt und doch bei der Stange hält. Dabei kommt den Unternehmern zugute, das die Erwerbsarbeit grundsätzlich die einzige Quelle zur Existenzsicherung ist, über deren Vergabe sie allein entscheiden.

Damit haben sie den einzelnen Arbeiter in der Hand und reagieren entsprechend allergisch auf alle Ersatz-Existenzmittel wie, Arbeitslosengeld, Mindestlöhne, Sozialhilfe, Krankengeld und öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Sie sind eine Konkurrenz, zu den von den Unternehmern gewünschten Hungerlöhnen. Das ist der wahre Grund für die Diskussion um die Einhaltung des sogenannten Lohnabstandsgebotes.

Die Drohung mit Arbeitslosigkeit, mit Existenzgefährdung, ist die Peitsche mit der die Arbeiter, zu den von den Unternehmern diktierten Bedingungen in die Betriebe getrieben werden.

In Zeiten der Globalisierung, (Deutschland will einen Platz an der Sonne), in diesen Zeiten eines weltweiten Krieges der nationalen und internationalen Kapitale, mit hochtechnisierten, komplizierten und komplexen Produkten, kann man nicht auf die „freiwillige“ Mitarbeit der Arbeiter verzichten. Angst alleine ist nicht ausreichend, das ginge auf Kosten der Qualität der Produkte.

Und da kommen Westerwelle und Co und entdecken die „**Vorfahrt für die Arbeit**“, die Freiheit und Eigenständigkeit der Arbeitnehmer von gewerkschaftlicher Bevormundung, sie schlagen betriebliche Bündnisse vor. Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Betriebes wissen selber viel besser was für sie gut ist. Betriebsfremde Einflüsse müssen fern gehalten werden. Die Macht der Gewerkschaftsfunktionäre muß gebrochen werden, so tönt es aus neoliberalen und konservativen Mäulern. Die Hacker des Kapitals haben Hochzeit.



Dabei ist das ein alter Nazi-Hut! Es ist die Ideologie der Nazis. In Gesetzesform gebracht hieß das, „**Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit**“. Damit schufen sie lange vor der FDP, betriebliche Bündnisse, in denen klar war, wer der Herr und wer der Knecht ist. Klassen, Klassenkampf, Gewerkschaften, frei ausgehandelte Tarifverträge, alles war passeé'. Die Unternehmer jubelten und arbeiteten vertrauensvoll mit dem Führer zusammen.

Man war gerüstet für den Kampf („Wettbewerb“) auf dem Weltmarkt. Die Nazis allerdings, beschränkten sich nicht nur auf den **Wirtschaftskrieg**, sondern führten auch einen Kanonen- und **Bombenkrieg, der die Taschen der Unternehmer füllte**. Sie raubten die überfallenen Länder aus und führten Kriegsgefangene und Fremdarbeiter „heim ins Reich“, damit sie dort als Sklavenarbeiter Deutschlands Wohlstand und „Befreiungspotenzial“ (Rüstung) mehrten. Um Vorfahrt für Arbeit ging es auch, denn, wo anders sollte der Profit herkommen wenn nicht von der Arbeit. Deshalb hatten die Züge mit den Sklavenarbeitern auch Vorfahrt vor den Zügen die in den Urlaub fahren wollten. Die Sklaven sollten möglichst schnell an ihre Arbeitsplätze gebracht werden, um das Wirtschaftswachstum zu steigern. Das bestand zum großen Teil aus Rüstungsgütern. Für die Kapitalisten eine schöne Zeit.

Abgesehen vom Krieg, den KZ's, der bekloppten Rassenlehre und der ganz offen betriebenen Abschaffung der bürgerlichen Rechte, ließen die Nazis das Kapital nicht nur in Ruhe, **sie förderten es**.

**Gesetz zur Ordnung
der nationalen Arbeit**

Vom 20. Januar 1934

(RGBl. I S. 45)

Der
Unternehmer
ist der
Führer
des
Betriebes.

Dieses Nazi-Gesetz kann nach geringer sprachlicher Überarbeitung durchaus wieder in Kraft gesetzt werden. Es ist geeignet den Klassenkampf zu beenden und Deutschland wieder fit zu machen für den globalen Wirtschaftskrieg.

Von FDP /CDU gewünscht:

Gewerkschaften schwächen



Kurt Halbritter

„Die Deutsche Arbeitsfront war auch eine
Gewerkschaft, aber eine mit Maß und Ziel.“

Ein alter Nazihut!

Von FDP /CDU
neu entdeckt:

Tarifautonomie
einschränken -
Vorfahrt
für Freiheit!

Ein alter Nazihut!

Was Hitler an die Macht brachte:



Kurt Halbritter

»So eine kleine Rezession – dann haben wir unsere Arbeits-
moral wieder.«

Kapitalisten unter sich -
Gedanken die der
CDU/FDP nicht fremd sind!

Kapitalisten unter sich

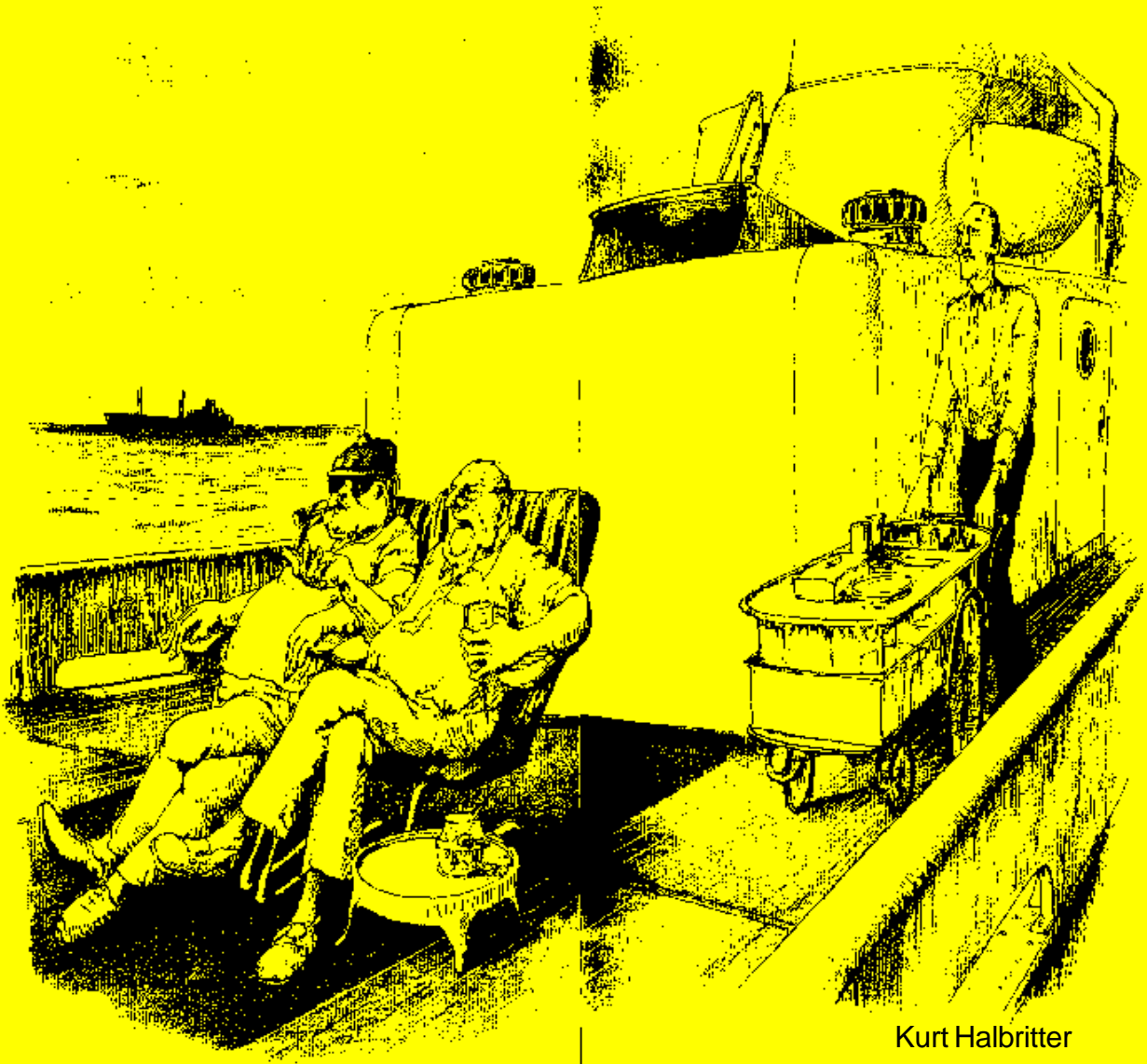


Kurt Halbritter

„Sei doch ehrlich:wenn wir die Nazis nicht hätten, hätten wir die Kommunisten.“

Gedanken die der
CDU/FDP nicht fremd sind!

Kapitalisten unter sich



Kurt Halbritter

Die Scheiße ist doch, daß die Leute glauben, wir leben von ihrem Geld.

Gedanken die der
CDU/FDP nicht fremd sind!

Kapitalisten unter sich



Kurt Halbritter

Langsam werden die Zeiten wieder normal, wer nicht arbeitet,
der fliegt.«

Gedanken die der
CDU/FDP nicht fremd sind!

Kapitalisten unter sich



Kurt Halbritter

»Wir sind eine kleine Firma, aber wir bilden eine große Gemeinschaft, die bis jetzt noch von keinem durch die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft getrübt wurde.«

Gedanken die der
CDU/FDP nicht fremd sind!

Der CDU/FDP auf den Leim gegangen



Kurt Halbritter

»Ich dachte, Du hättest vor vier Jahren eine Dauerstellung an-
getreten?« »Ich auch.«

Die Ordnung der nationalen Arbeit

Kommentar

zu dem Befehl zur Ordnung der nationalen Arbeit
und zu dem Befehl zur Ordnung der Arbeit
in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben
unter Berücksichtigung
aller Durchführungsbestimmungen

Bearbeitet von

Dr. W. MANSFELD

Ministerialdirektor im RMW.
Privatdoz. a. d. Universität Münster
Mitglied der Akademie für deutsches Recht

Dr. W. POHL

Ministerialrat
und Abteilungsdirigent
im Reichsarbeitsministerium

unter Mitwirkung von

Dr. G. STEINMANN

Ministerialrat im RMW.

Dr. A. B. KRAUSE

Regierungsrat im RMW.



Die zur gemeinsamen Herausgabe
vereinigten rechts- und staatswissenschaftlichen Verleger
Berlin · Leipzig · Mannheim · München · 1934

Deutsches Druck- und Verlagshaus GmbH.
Heerschild Verlag GmbH. / Carl Heymanns Verlag
Reimar Hobbing GmbH. / Franz Vahlen

Einleitung

Das deutsche Sozialsystem vor dem 30. Januar 1933 beruhte auf der Annahme eines grundsätzlichen Gegensatzes von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dabei lag der Fehler dieses Systems nicht in der Anerkennung sozialer Gegenspieler, sondern in der Erhebung des wirtschaftlichen Interessengegensatzes zu einer allgemein gültigen Norm, die alle Gesetze und Maßnahmen des Staates und alle Beziehungen zwischen den im Wirtschaftsleben beteiligten Menschen, ja sogar die politischen, kulturellen, religiösen oder sportlichen Vorgänge in Deutschland beherrschte. Diese Entwicklung war die äußerste logische Folge der streng marxistischen Wirtschafts- und Geschichtsauffassung, die im Fortschritt der Menschheit das Ergebnis eines grundsätzlichen Kampfes zwischen einzelnen Klassen sah und damit den natürlichen Widerstreit der sozialen Interessen, der sich aus der verschiedenen Lage des seine Arbeitskraft anbietenden Arbeitnehmers und des auf die Rentabilität des Betriebes bedachten Unternehmers ergibt, über den Bereich der Wirtschaft hinaus als oberste Richtlinie in die Regelung aller menschlichen Verhältnisse hineintrug. So kam es, daß die freien Gewerkschaften, die ursprünglich in einem gewissen Gegensatz zur streng marxistischen Lehre als Ausfluß vormarxistischer sozialistischer Ideen entstanden waren und die Lage der Arbeiterschaft ziemlich unabhängig von dem herrschenden wirtschaftlichen und politischen System verbessern wollten, immer mehr in den Bann der den Arbeiterverbänden zunächst abgeneigten Sozialdemokratie und damit des politischen Marxismus gerieten und ihr eigenes echtes Wesen zerstörten. Die Besinnung auf die ursprünglichen sozialen Aufgaben kam zwar auch in führenden Köpfen der freien Gewerkschaften immer wieder zum Durchbruch und führte zu den häufigen Auseinandersetzungen zwischen der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften. Doch die ideologische und politische Macht der Sozialdemokratie erwies sich in dem Maße, das das Dogma allzu häufig über die Wirklichkeit stellt, als stärker und trieb die Gewerkschaften in die Sackgasse, in

Übersetzung der vorigen Seite

Einleitung

Das deutsche Sozialsystem vor dem 30. Januar 1933 beruhte auf der Annahme eines grundsätzlichen Gegensatzes von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Dabei lag der Fehler dieses Systems nicht in der Anerkennung sozialer Gegenspieler, sondern in der Erhebung des wirtschaftlichen Interessengegensatzes zu einer allgemein gültigen Norm, die alle Gesetze und Maßnahmen des Staates und alle Beziehungen zwischen den im Wirtschaftsleben beteiligten Menschen, ja sogar die politischen, kulturellen, religiösen oder sportlichen Vorgänge in Deutschland beherrschte.

Diese Entwicklung war die äußerste logische Folge der streng marxistischen Wirtschafts- und Geschichtsauffassung, die im Fortschritt der Menschheit das Ergebnis grundsätzlichen Kampfes zwischen einzelnen Klassen sah und damit den natürlichen Widerstreit der sozialen Interessen, der sich aus der verschiedenen Lage des seine Arbeitskraft anbietenden Arbeitnehmers und des auf die Rentabilität des Betriebes bedachten Unternehmers ergibt, über den Bereich der Wirtschaft hinaus als oberste Richtlinie in die Regelung aller menschlichen Verhältnisse eintrug.

So kam es, daß die freien Gewerkschaften, die ursprünglich in einem gewissen Gegensatz zur streng marxistischen Lehre als Ausfluß vormarxistischer sozialistischer Ideen entstanden waren und die Lage der Arbeiterschaft ziemlich unabhängig von dem herrschenden wirtschaftlichen und politischen System verbessern wollten, immer mehr in den Bann der den Arbeiterverbänden zunächst abgeneigten Sozialdemokratie und damit des politischen Marxismus gerieten und ihr eigenes Wesen zerstörten.

Die Besinnung auf die ursprünglichen sozialen Aufgaben kam zwar auch in führenden Köpfen der freien Gewerkschaften immer wieder zum Durchbruch und führte zu den häufigen Auseinandersetzungen zwischen der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften. Doch die ideologische und politische Macht der Sozialdemokratie erwies sich in dem Lande, das daß Dogma allzu häufig über die Wirklichkeit stellt, als stärker und trieb die Gewerkschaften in die Sackgasse,....

Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit

Vom 20. Januar 1934

(RGBl. I S. 45)

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Erster Abschnitt

Führer des Betriebes und Vertrauensrat

§ 1. Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.

§ 2. (1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

(2) Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.

§ 3. (1) Bei juristischen Personen und Personengesamtheiten sind die gesetzlichen Vertreter Führer des Betriebes.

(2) Der Unternehmer oder bei juristischen Personen und Personengesamtheiten die gesetzlichen Vertreter können eine an der Betriebsleitung verantwortlich beteiligte Person mit ihrer Stellvertretung betrauen; dies muß geschehen, wenn sie den Betrieb nicht selbst leiten. In Angelegenheiten von geringerer Bedeutung können sie auch eine andere Person beauftragen.

(3) Wird dem Führer des Betriebes die Befähigung zum Führer gemäß § 38 durch das Ehrengericht rechtskräftig aberkannt, so ist ein anderer Führer des Betriebes zu bestellen.

§ 4. (1) Als Betriebe im Sinne dieses Gesetzes gelten auch Verwaltungen.

Die wahre Plage



Guido Westerwelle FDP
(Spaßpartei der Besserverdienenden)

„Die Sozialdemokratie sollte sich mehr auseinandersetzen mit den Gewerkschaftsfunktionären, das ist die wahre Plage in unserem Land.“

rbb Berlin, 30.4.05

Gewerkschaftsbonzen

Hauptthema ist Arbeit, Arbeit, Arbeit. Aber die Themen innere Sicherheit und Patriotismus müssen auch eine herausragende Rolle spielen. Wir lehnen die Multikulti-Gesellschaft ab und den EU-Beitritt der Türkei. Videoüberwachung, DNA-Analysen, Ausweisung von gewaltbereiten Islamisten – das sind für uns zentrale Botschaften. Nicht umsonst kandidiert Bayerns Innenminister Beckstein für den Bundestag.

Welche Forderungen verbinden Sie mit dem Thema Patriotismus?

Patriotismus heißt auch: Rechenschaft ablegen. Das geht von Politik bis in die Wirtschaft. Das gilt für Manager und Gewerkschaftsbonzen. Dazu gehört, dass Managergehälter veröffentlicht werden, aber auch die üppigen Spitzengehälter der Gewerkschaftsbosse.



Söder, Generalsekretär der CSU

Betriebliche Bündnisse

Endlich frei von der Bevormundung der Gewerkschaftsfunktionäre



Georg Grosz

„Es geht um Deutschland!

Die Globalisierung zwingt uns zu einem knallharten Wettbewerb, da ist für egoistische Gruppeninteressen kein Raum. Es ist praktisch ein gnadenloser Wirtschaftskrieg. Diesen weltweiten Wirtschaftskrieg können wir nur gewinnen, wenn wir zusammenhalten und alle den Gürtel enger schnallen.

Mit Wehmut denke ich an die Zeit zurück wo wir ohne Gewerkschaften, ohne Tarifverträge, ohne Klassenkampfgetöse uns ungestört unserer eigentlichen Arbeit widmen konnten.

Zugegeben, es wurden auch Fehler gemacht. Die Juden hätte man nicht in den Konzentrationslagern umbringen sollen, es handelte sich um dringend gebrauchtes Humankapital. Ein Fehler der damaligen Regierung war es auch, die Zahl der Feiertage, durch die Einführung des 1. Mai als gesetzlichem Feiertag, zu erhöhen.“

Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit

Vom 20. Januar 1934

(RGBl. I S. 45)

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Erster Abschnitt

Führer des Betriebes und Vertrauensrat

§ 1. Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.

§ 2. (1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

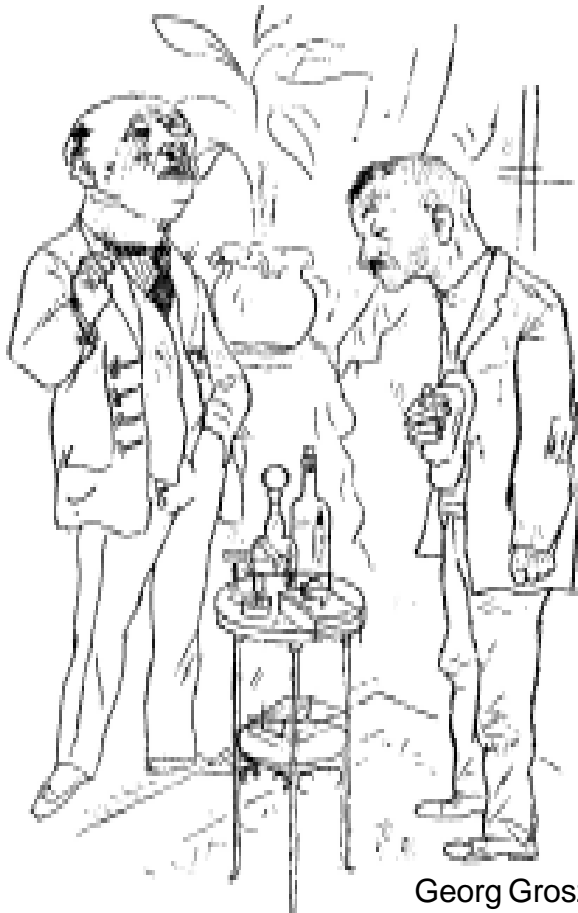
Führer des Betriebes und Vertrauensrat

§ 1. Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.

§ 2. (1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

Betriebliche Bündnisse

Endlich frei von der Bevormundung der Gewerkschaftsfunktionäre



Georg Grosz

Arbeiter

„Chef, ich will ja nicht unbescheiden sein, aber in letzter Zeit sind die Preise so gestiegen, dass ich mit dem Lohn so nicht mehr hinkomme. Ich wollte deshalb in aller Bescheidenheit anfragen, ob nicht eine kleine Lohnerhöhung möglich wäre - natürlich nur wenns geht.“

Boss

„Ich habe volles Verständnis für Ihr Anliegen. Auch ich leide unter den hohen Preisen. Aber versuchen Sie es doch erstmal mit einer Umstellung Ihrer Ausgabenstruktur. Da wird doch sicherlich noch viel für Dinge ausgegeben, die nicht unbedingt nötig sind. Sie werden staunen wieviel Geld Sie dann noch übrig behalten. Sollte es dennoch nicht reichen, dann werde ich Ihr Anliegen in einem Jahr wohlwollend prüfen.“

Arbeiter

„Chef, ich danke Ihnen herzlich, daß Sie so viel Verständnis für mein Anliegen hatten.“

Betriebliche Lohnverhandlungen, ohne die ideologische Einmischung von betriebsfremden Gewerkschaftsfunktionären.

Ein Arbeiter trägt den aufmerksam lauschenden Bossen die Bitten der Belegschaft vor.

In der anschließenden Diskussion werden freimütig die Argumente gegeneinander abgewogen. Dabei wird außerordentliches Gewicht auf die globalen Anforderungen und den Erhalt der Arbeitsplätze gelegt. Es nützt der Arbeiterschaft überhaupt nichts, wenn die Erfüllung überhöhter Lohnforderungen zu massenhaftem Arbeitsplatzverlust führt.

Nach dem Ende der außerordentlich langen, halbstündigen Diskussion, schritt man zur demokratischen Abstimmung, ein Mann, eine Stimme.

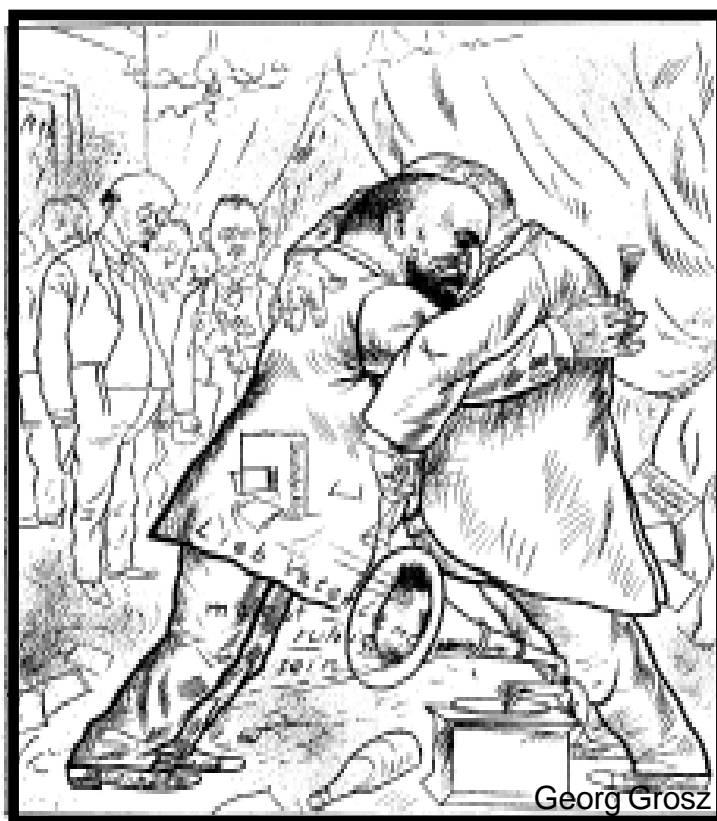
Die Abstimmung ergab, dass die Bitten der Arbeiter im Moment abgelehnt werden mußten, aber nicht aus dem Auge verloren werden.



Georg Grosz

Betriebliche Bündnisse

Endlich frei von der Bevormundung der Gewerkschaftsfunktionäre



„Lieb Vaterland magst ruhig sein...“

Arbeit und Kapital feiern gemeinsam die Überwindung des alten und überholten Klassenkampfgedankens. Durch die Bildung von betrieblichen Bündnissen ist es gelungen die betriebsfremden Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Betrieb zu drängen und die Arbeiter von gewerkschaftlicher Bevormundung zu befreien.

Das ist nicht nur ein betrieblicher Sieg, sondern auch ein Sieg für Deutschland! Die Zeiten des gemütlichen Nationalstaates sind endgültig vorbei. Wir müssen uns für einen dauerhaften weltweiten Wirtschaftskrieg rüsten. Da ist für ideologische Spielchen und selbstsüchtige Eigeninteressen kein Platz. Nur gemeinsam sind wir stark. Schon KAISER WILHELM sagte, „Ich kenne keine Parteien, kenne nur Deutsche.“

Mit dieser Parole ist es gelungen, 4 lange Jahre einer ganzen Welt von Feinden zu trotzen. Erst der Dolchstoß ideologischer Streitereien und betrieblicher Streiks zwang Deutschland zur Kapitulation und brachte uns um die Früchte des Krieges.

Erst als Deutschland mit Hilfe der Deutsch Nationalen Volkspartei (Vorläufer der FDP) erwachte konnte ein Gesetz geschaffen werden, dass den unsäglichen Bruderkrieg, mit der Schaffung von betrieblichen Bündnissen beendete. Der Klassenkampf war beendet, Deutschland erwacht!



Der alte Gegensatz von Kapital und Arbeit ist überwunden.

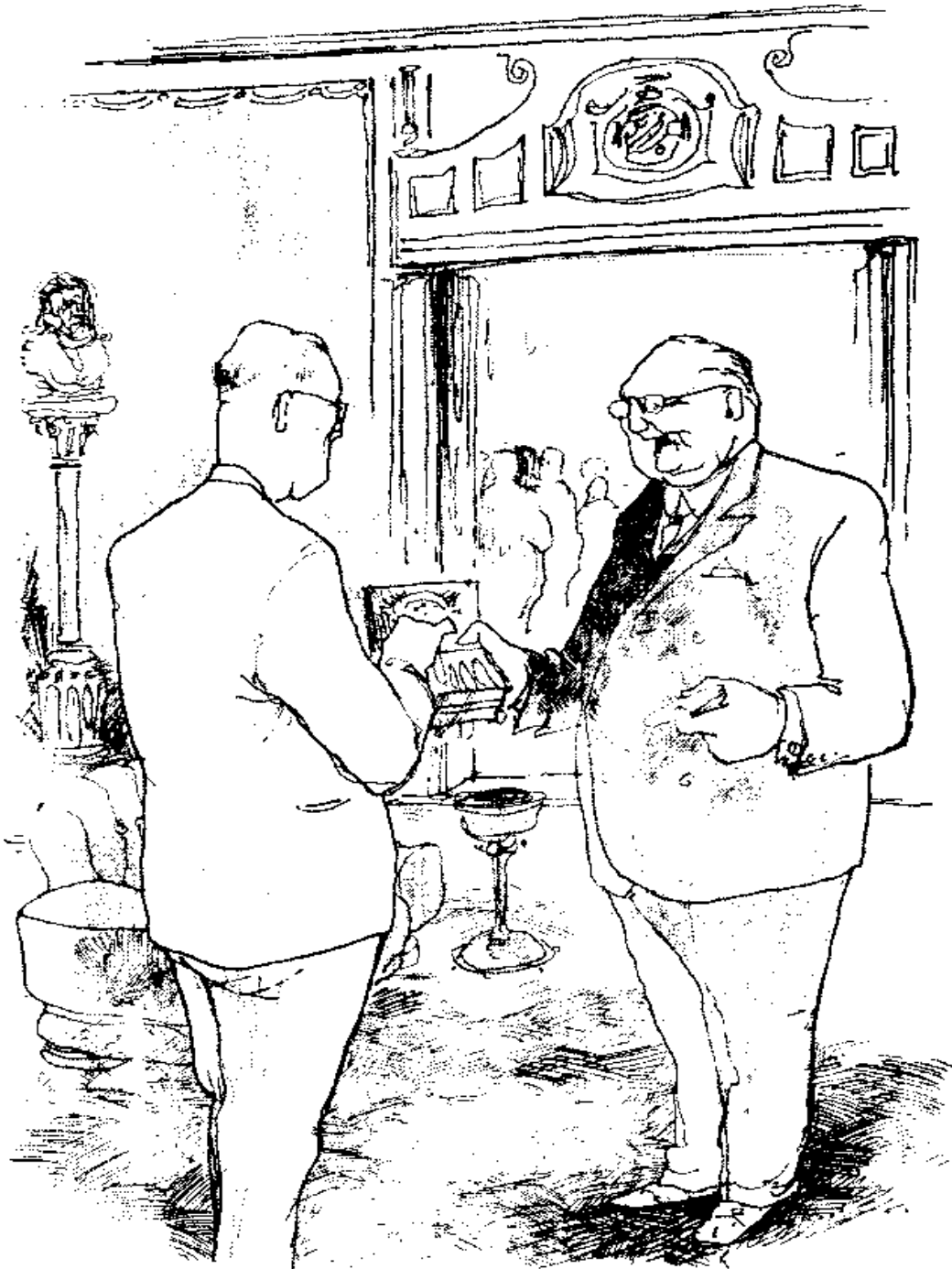
Gewerkschaftsfrei!



Kurt Halbritter

»Wir sind eine kleine Firma, aber wir bilden eine große Gemeinschaft, die bis jetzt noch von keinem durch die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft getrübt wurde.«

Lieber die Nazis



»Sei doch ehrlich: wenn wir die Nazis nicht hätten, hätten wir die Kommunisten!«

Alle an einem Strang



»Reden Sie doch nicht immer von Unternehmerprofit. Sie sehen doch selbst, mit welch immensen Schwierigkeiten die Wirtschaft zu kämpfen hat. Und nur, wenn alle an einem Strang ziehen...«

Arbeitsplätze geschaffen



»Zunächst einmal sollten wir froh sein, daß du wieder Arbeit hast.«

